

Kampfzone Deutsch

Generisches Maskulinum, politisch korrekte Ausdrücke: Wie die Linguistik beobachtet, wohin sich unsere Sprache entwickelt

VON LILO BERG

Wenn Henning Lobin sein Postfach öffnet, muss er mit allem rechnen. Mit in- ständigen Bitten, abenteuerlichen Forde- rungen - und den Schimpftiraden wild- fremder Absender. „Elfenbeintümlinge“ seien die Wissenschaftler am Leibniz- In- stitut für Deutsche Sprache (IDS) und ihr



„Wir lassen uns weder von rechts noch links kapern“ Henning Lobin, IDS-Direktor

Meistens verzichte er auf rechtliche Schritte, doch besonders wüste Be- schimpfungen zeige er beim Kommissar- iat für Internetdelikte an, berichtet der 57-jährige Linguistik-Professor. Gerade beim gendertypischen Deutsch sei der Druck im Kessel groß, „da werden regel- rechte Sprachschlachten ausgetragen“.



Sprechpositionen. Die Sprache ist zum Austragungsfeld gesellschaftlicher Konflikte geworden und der Sprachgebrauch zum Marker grund- legendener Haltungen, sagt ein Linguist. Foto: Getty Images

FORUM DEUTSCHE SPRACHE

Ein Sprach-Haus für alle Altersgruppen

Welchen Einfluss hat Sprache auf unser Denken? Wie wirkt sich Mehrsprachigkeit aus? Welche Zukunft haben deutsche Dialekte? Was verbindet, was unterscheidet das Deutsche von anderen Sprachen? Antworten auf Fragen dieser Art soll das geplante Forum Deutsche Sprache liefern.

Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache (IDS) in Mannheim und soll im Jahr 2027 eröffnet werden. Eine interaktive Ausstellung soll aktuelles Wissen über die deutsche Sprache vermitteln.

minare, Diskussionen und Lesungen runden das Angebot ab. Thematisch soll es um Sprachthemen von besonderer gesellschaftlicher Relevanz gehen, zum Beispiel um das Erkennen von Fake News oder um den sprachlichen Wandel.

das geplante Zentrum an alle Altersgruppen. Der erste Spatenstich ist für 2023 vorgesehen. Der Architekturbüro hat kürzlich das Berliner Architekturbüro Henn gewonnen.

Beispiel geschlechtergerechtes Deutsch. Hier steht das generische Maskulinum im Fokus, die Vorstellung also, dass männliche Bezeichnungen wie Schüler, Lehrer oder Forscher für alle Personen gelten können. Zum üblichen Sprachgebrauch wurde das geschlechtsübergreifende Maskulinum nach Ergebnissen der Sprachforschung erst in der Nachkriegszeit. Feministinnen kritisieren die Praxis schon seit den 1970er-Jahren; in der breiten Öffentlichkeit angekommen ist die Kontroverse erst vor wenigen Jahren.

Seither wird munter experimentiert: Neben dem generischen Maskulinum als weiterhin dominierende Variante finden sich Doppelnennungen („Leserinnen und Leser“) sowie mit zunehmender Tendenz abstrakte Bezeichnungen („Lehrkräfte“ statt „Lehrer“) und Partizipialformen („Forschende“). Mit großem Abstand folgen Genderstern, Binnen-I, Unterstrich und andere geschlechtsneutrale Bezeichnungen, die sich weder als Mann noch als Frau identifizieren.

Inzwischen geben Behörden und Firmen eigene Regelwerke heraus, Schulen und Hochschulen machen unterschiedliche Vorgaben. Im Rundfunk gelten einige Sprecher mit einem Knacklaut vor Vokalen, dem sogenannten Glottisschlag, andere verzichten darauf. Die Bandbreite ist groß, die Verwirrung auch, wie eine Sammlung am IDS zeigt: Da wird in Stel- lenanzeigen die/der „Pflegefach- frau\_mann“ gesucht, die Rede ist von „Männerarbeit“, „Lots\*innen“ und „Alumni\*ae als Botschafter\*innen“.

Er möge „diesen Unfug endlich abschaffen“ oder dessen „Verwendung bei

Funk und Presse untersagen“ wird Henning Lobin immer wieder per E-Mail gebeten - ob es nun um geschlechterge- rechte Sprache, Anglizismen oder poli- tisch korrekten Sprachgebrauch geht. Doch fürs Verboten und Abschaffen ist Lobins Institut ebenso wenig zuständig wie der privatwirtschaftliche Berliner Duden-Verlag, der Deutsche Sprachrat oder andere Institutionen. Darin unterscheide sich Deutschland von Frankreich, wo die Académie Française die Regeln für den Sprachgebrauch festlege, sagt Lobin und ergänzt: „Unsere Sprache ähnelt mehr einem Feuchtbiotop als einem barocken Garten. Es entwickelt sich in natürlichen Aushandlungsprozessen und ist gewissermaßen ein demokratisches Gut - wir können stolz darauf sein.“

Einzig die Orthografie wird normiert, und zwar durch den Rat für deutsche Rechtschreibung, dem auch Henning Lobin angehört. Das von dem zwischen- staatlichen Gremium erarbeitete Amtliche Regelwerk der deutschen Sprache soll die Einheitlichkeit der Rechtschreibung im deutschen Sprachraum bewahren und sie in „unerlässlichem Umfang“ weiterentwickeln, heißt es auf der Rats-Website. 2018 formulierte der Rechtschreibrat Kriterien für die geschlechtergerechte Schreibung. Demnach sollen so gestaltete Texte sachlich

korrekt, verständlich und lesbar sein und die Konzentration auf Kerninhalte ermöglichen. Für eine bestimmte Variante des sprachlichen Genders hat sich der Rat bisher nicht ausgesprochen.

Ob es jemals so weit kommt, hängt von neuen praktikablen Lösungen und dem Ausgang aktueller Sprachkämpfe ab. In ihnen geht es um so viel mehr als um Wörter und Sternchen. Sie haben mit Familie, Heimatgefühl und Selbstverständnis zu tun, berühren unser Denken und Empfinden und lösen starke Emotionen aus.

Deutsch ähnelt einem Feuchtbiotop denn einem barocken Garten

generische Maskulinum stehe ein tiefgreifender Wandel hin zu einer gleichberechtigteren Gesellschaft. Wer es verwendet, werde mit einer eher konservativen Welt- sicht assoziiert, sagt Lobin: „Das generische Maskulinum ist ein Feldzeichen im Sprachkampf geworden.“

Wie vergänglich solche Zuschreibungen sind, verdeutlicht Ekkehard Felder,

Professor für Germanistische Linguistik an der Universität Heidelberg, anhand einiger Beispiele. Statt „Feldzeichen“ verwendet Felder den etwa gleichbedeutenden Begriff „Fahnenzeichen“. Bis vor wenigen Jahren seien „Kernkraft“ und „Atomkraft“ Fahnennörter für eine zustimmende beziehungsweise ablehnende Einstellung gewesen, sagt Felder. „Inzwischen sind sie es nicht mehr.“ Wer heute das Fahnennwort „Geflüchtete“ verwende, signalisiere damit eine Offenheit gegenüber Migranten und Migration. Dem Wort „Flüchtling“ schreibe diese Gruppe aufgrund der -ling-Endung einen Abwertungsscharakter zu.

Generell beobachtet Felder eine starke Tendenz zum Wort-Objektivismus, bei dem ein Einzelwort aus dem Kontext gerissen und als Ausweis eines bestimmten Denkens gewertet wird. Etwa beim Wort „Endlösung“: „Wenn Jugendliche das Wort benutzen, ohne den historischen Kontext zu kennen, reagiere ich nicht vorwurfsvoll, sondern suche das Gespräch. Innen ist das meines Erachtens sinnvolle Tabu nicht bewusst und ich lehne es ab, sie auf einen bestimmten Sprachgebrauch abzurichten“, sagt der Heidelberger Germanist. Möglicherweise verbinde man das Wort eines Tages nicht mehr unmittelbar mit der Verbrechenpolitik der Nationalsozialisten, obwohl dieser Aus-

druck exemplarisch den Zusammenhang von Sprache und Politik aufzeige.

Und was ist mit dem N-Wort? Er würde es hierzulande nicht verwenden, sagt Ekkehard Felder. In Stein gemeißelt sei das gegenwärtige Tabu aber keineswegs. So plädiere der in Südafrika forschende Politikwissenschaftler Achille Mbembe dafür, das Wort in einem erweiterten Sinne wieder zu benutzen. „Die Sprache wandelt sich, das Denken wandelt sich“, resümiert Felder und warnt davor, Sprache als ehernen Indikator für Identität, Mentalität und Wahrhaftigkeit zu betrachten.

Keineswegs ehern und immergültig ist auch das generische Maskulinum, obwohl manche Verfechter das gern behaupten. In seiner „Grundlegung einer deutschen Sprachkunst“ empfahl Johann Christoph Gottsched 1748 Folgendes: „Wörter, die männliche Namen, Ämter, Würden oder Verrichtungen bedeuten, sind auch männlichen Geschlechts. Alle Namen und Benennungen, Ämter und Titel, Würden und Verrichtungen des Frauenvolkes sind weiblichen Geschlechts.“ Unter Gottscheds Beispielen finden sich etwa „Hauptmännin, Hofrätthin, Doctorin“. Bereits 1690 ging es in einem „Academischen Roman“ um „Studiende“.

Die Doppelnennung „Leser und Leserinnen“ tauchte, wie Henning Lobin berichtet, schon 1747 in einer Schrift mit dem Titel „Warnung an die liebe Jugend“ auf. Skeptisch betrachten Lobin und sein Team auch manche Umfragen zum geschlechtsübergreifenden Potenzial männlicher Bezeichnungen. Mit der platten Frage an Forscherinnen „Fühlen Sie sich mitgemeint, wenn Sie als Wissenschaftler angesprochen werden?“ lasse sich das komplexe Geschehen nicht erfassen, heißt es im IDS, nötig seien geschickter aufgebaute empirische Studien.

Ein Schritt in diese Richtung machte die bundesweite Erhebung des Sozioökonomischen Panels im Jahr 2017. Die mehr als 4000 Befragten wurden gebeten, ihre Favoriten aus einer Reihe von Beispielsätzen mit unterschiedlichen Geschlechtsbezeichnungen zu benennen. 46 Prozent bevorzugten „die Studierenden“, gefolgt von 17 Prozent, die für „Studentinnen und Studenten“ votierten. Für „Studenten“ sprachen sich ebenfalls 17 Prozent aus. Der Genderstern kam dabei auf ein Prozent.

Aus wissenschaftlicher Sicht sei es zu früh, jetzt schon bestimmte Formen des geschlechterinklusionen Schreibens oder Sprechens zu präferieren, heißt es am IDS und Henning Lobin wagt sogar die Prognose: „Der Rat für deutsche Rechtschreibung wird sich höchstwahrscheinlich nicht für den Genderstern aussprechen.“ Noch sei das Ringen um die besten Lösungen nicht abgeschlossen, sprachliche Evolution und der sie antreibende gesellschaftliche Wandel ebenso wenig. Im privaten Sprachgebrauch sei heute niemand gezwungen, so oder anders zu sprechen oder zu schreiben.

Sollten sich jedoch immer mehr Menschen dafür interessieren, die geschlechtliche Vielfalt sprachlich sichtbar zu machen, dann werde sich das Deutsche dadurch nachhaltig verändern; wenn nicht, dann nicht, heißt es lapidar in der IDS-Zeitschrift „Sprachreport“. „Für die Zukunft hoffe ich auf eine friedliche Koexistenz von ausgeprägtem Gendern und traditionellen Ausdrucksweisen“, sagt Henning Lobin. Ebenso wie er versteht auch Ekkehard Felder das Ringen um die Sprache als eine Art Schmiermittel für die Demokratie: „Jeder Kampf um Worte ist ein guter Kampf - solange das Gegenüber nicht herabgewürdigt wird.“

TURNERS Thesen

Präsident ist kein Lehrberuf



VON GEORGE TURNER, WISSENSCHAFTSSENATOR A.D.

An der Freien Universität gibt es einen hauseigenen Kandidaten und eine auswärtige Bewerberin. Wer ist am besten geeignet, das große Schiff FU sicher durch tiefe Gewässer und Untiefen zu steuern? Präsident ist kein Lehrberuf. Auch alle möglichen Hochschulmanagement-Kurse helfen nicht weiter. Dazu ist das Aufgabenfeld zu komplex, nicht vorhersehbar und voller Überraschungen. Die Fähigkeit wird erworben durch „learning by doing“.

Deshalb ist jede Wahl mit einem Risiko verbunden, ob der/die Gewählte wohl der Aufgabe gewachsen sein werde. Eine vorhergehende Tätigkeit etwa als Dekan einer Fakultät sagt wenig, sind doch die Aufgaben dort eher überschaubar und mit den vielfältigen Anforderungen im Präsidentenamtsamt nicht vergleichbar. Selbst eine Zeit als Vizepräsident/in sagt nicht genug, ist der Aktionsradius in einem solchen Amt meist begrenzt. Wo nach soll man sich richten: Etwa nach dem Eindruck in einer öffentlichen Vorstellung? Das kann täuschen und gibt in der Regel nur Auskunft, wie sich jemand „verkauft“. Also volles Risiko und Wahl auf Verdacht, dass es schon gut gehen werde. Das ist zu einfach und verantwortungslos. Welche Kriterien aber gelten?

Wahlen sind ein probates Mittel, alte Rechnungen zu begleichen

Neben der Fähigkeit, zuzuhören zu können, neben Konfliktfähigkeit und Belastbarkeit zählt vor allem, ob Vertrauen in die Person und ihre Fähigkeit zur Amtsführung besteht. Da hat es der hausinterne Bewerber in der Regel schwerer als das „unbeschriebene Blatt“ von außerhalb. Der bekannte Bewerber hat Probleme vor sich gehabt und ist sie mit unterschiedlichem Erfolg angegangen. Er hat auch Mitgliedern der Universität schon mal „auf die Füße getreten“. Wahlen sind dann ein probates Mittel, alte Rechnungen zu begleichen. Auch mögen Fehler vorgekommen sein.

Wer neu von außen kommt, ist unbelastet, die Wähler sind aber auch weitgehend frei von Kenntnissen über die Person und die möglichen Reaktionen auf Herausforderungen.

Die Spitze einer Universität ist nie isoliert zu sehen. Vizepräsident/in und Kanzler/in gehören zum Führungsteam. Hier sollte wenn nicht Harmonie, so doch Kollegialität herrschen. Wer die verletzt, gehört aussortiert.

Für die Wahl des/der geeigneten Kandidaten/in bleibt dann nur die Prognose: Wer wird es vermutlich am besten im Sinne der Institution und ihrer Mitglieder machen? Die nur oberflächlich bekannte Bewerberin aus „Westdeutschland“ oder der Kandidat aus den eigenen Reihen? Der jedenfalls ist ein hochdekoriertes, anerkannter Wissenschaftler. Das passt zu dem Exzellenzstatus der Universität. Weiter sollte man sich an den Spruch aus der Werbung erinnern.

„Da weiß man, was man hat.“

— Wer mit dem Autor diskutieren möchte, kann ihm eine E-Mail senden: george.turner@t-online.de

Eine Chance für die Bremer Jacobs University

Fabio Pammolli ist neuer Präsident – unter der Ägide von Serguei Beloussov, Gründer und Geschäftsführer des Schaffhausen Institutes of Technology

Die Bremer Jacobs University Bremen startet unter einer neuen Trägerschaft ins neue Jahr - und damit endlich in sicherere Fahrwasser? Fabio Pammolli ist Mitte Dezember vom Aufsichtsrat zum neuen Präsidenten gewählt worden. Der Fachmann für Wirtschaft und Management kommt von der Polytechnischen Universität Mailand. An Pammolli dürfte es liegen, in den kommenden Jahren das umzusetzen, was der eigentlich starke Mann im Hintergrund eronnen hat: Serguei Beloussov. Der gebürtige Russe mit Pass des Stadtstaates Singapur ist Gründer und Geschäftsführer des Schaffhausen Institute of Technology (SIT), das seit Mitte Dezember die Mehrheitsanteile an der Jacobs University besitzt - mit Beloussov als Aufsichtsratsvorsitzendem.

Für ihn ist die kleine Bremer Uni ein wichtiger Zukunftsbaustein, daran lässt Beloussov keinen Zweifel. Seine Vision: mehr Studienangebote und mehr Studierende. Außerdem soll die Jacobs University Teil des SIT Institute of Advanced Learning werden, eines Netzwerkes rund um das Schaffhausen-Institut.

Die neue Unileitung in Bremen soll das Ende einer fast zwei Jahre währenden Hängematte für die finanziell angeschlagene Universität bedeuten. Ihre Zukunft hing lange am seidenen Faden, nachdem die Jacobs Foundation als bisherige Mehrheitsgesellschafterin 2020 verkündete, sich aus der Trägerschaft zurückzuziehen. Allerdings zahlte sie noch das bis einschließlich 2027 zugesagte Fördergeld in Höhe von 60 Millionen Euro. Die Anteile der Jacobs Foundation hat die Stadt Bremen zu einem Preis von 22000 Euro über den „Verein zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung“ übernommen. Vorsitzender ist der Staatsrat von Wissenschafts- und Häfensensorin Claudia Schilling (SPD), Tim Cordßen-Ryglewski.

Mit dem Abschied der Jacobs Foundation ist eine Ära zu Ende gegangen, die 2006 begann. Damals war die Stiftung der einst in Bremen ansässigen Kaffeeröster-Familie in das Projekt eingestiegen. Wegen dieses Wechsels in der Gesellschaftsstruktur wurde aus der 1999 gegründeten International University Bremen (IUB) die Jacobs University.

Doch es hat alles nichts genutzt: Die private Lehrereinrichtung ist wirtschaftlich und somit finanziell nicht auf einen grünen Zweig gekommen. Im Gegenteil, das klamme Land Bremen half der Jacobs University mehrmals finanziell aus der Klemme. Wechselnde wissenschaftliche Schwerpunktsetzungen, mehrere neue Präsidenten sowie interne und externe Querelen haben die Jacobs University Bremen zu einer umstrittenen Einrichtung in der eigenen Stadt gemacht.

Davon unberührt ist der nach wie vor internationale Ruf geblieben. Die Professoren und Professorinnen blieben Rankings zufolge forschungs- und drittmittelstark, wie Uni-Sprecher Heiko Lammers hervorhebt. Zwischenzeitlich stand die Existenz der Privatuni gleichwohl in Frage. Ende 2020 waren Pläne bekannt geworden, nach denen ein Konsortium aus den Unternehmen SAP, dem chinesi-



Neustart. Die Bremer Privatuniversität soll ausgebaut werden. Foto: Ingo Wagner/pa/dpa

sehen Konzern Neusoft sowie dem Deutschen Forschungszentrum für künstliche Intelligenz aus der Jacobs University Bremen einen KI-Campus machen wollten. Doch aus dem von der Wissenschaftssenatorin als Coup verkauften Projekt sowie der Unterzeichnung eines Letter of Intent zwischen dem Land Bremen und den möglichen Investoren ist nichts gefolgt. Die Pläne sind still und leise zu den Akten gelegt worden.

Vieles spricht dafür, dass sich das Engagement des SIT mit Beloussov an der Spitze langfristig für die Jacobs University lohnen wird. So hat sich der neue Mehrheitsgesellschafter bereits bei der Unterzeichnung des Vertrages zur Übernahme der Anteile im September verpflichtet, 50 Millionen Euro auf dem Campus zu investieren - ohne staatliche Förderung. Nach Plänen, die Beloussov Mitarbeitenden in einem Meeting im November präsentiert hat, seien weder ein Personalabbau, die Abschaffung bestehender Studiengängen

noch eine reine Konzentration auf die Bereiche Computing, Physik und Wirtschaftswissenschaften geplant. Vielmehr sollen das Studienprogramm modernisiert, hybride Lehr- und Lernformen eingeführt und 5000 Plätze für studentisches Wohnen auf dem Campus. Zudem sei die Wiederbelebung der vor einigen Jahren zu den Akten gelegten Idee eines Technologie Parks geplant. Beloussov verspricht sich überdies durch die Verzahnung von SIT und Jacobs University die Förderung von „interdisziplinärer Wissenschaft, Technologie und Bildung in Europa und darüber hinaus“.

Kommt es wie von Beloussov prophezeit, dürfte sich der Campus im Norden Bremens in so etwas wie eine Dauerbaustelle verwandeln. Angekündigt hat er unter anderem auch neue Lecture Halls. Sprecher Lammers fasst das Ganze so zusammen: „Herr Beloussov legt auf das Bestehende noch einmal 100 bis 150 Prozent obendrauf.“

ULF BUSCHMANN